

SPD will Klinikneubauten nicht zustimmen

Die Sozialdemokraten kritisieren, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen aus der Verantwortung stehle und warten lieber auf attraktivere Fördermöglichkeiten. Die SPD hat auch eine Erklärung für den Sanierungsstau in den Krankenhäusern.

Thorsten Gödecker

■ **Bad Oeynhausen.** Die SPD-Fraktion wird in der Sonder-sitzung des Kreistages am Donnerstag, 23. Juni, den Plänen des Kreises und der Mühlenkeiskliniken zum Neubau zweier Krankenhäuser im Lüb-becker Land und in Bad Oeynhausen nicht zustimmen. Das machten der SPD-Kreisge-schäftsführer Ulrich Pock und die SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Birgit Härtel, bei einer Pressekonferenz deut-lich. Das Land biete maximal 60 Millionen Euro an finan-zieller Unterstützung an. Das seien gut zwölf Prozent der kal-kulierten Kosten. Der Rest der in Aussicht gestellten Förder-summe von 178 Millionen Euro kämen vom Bund. Auf 528 Millionen Euro werden die Kosten für die beiden neuen Krankenhäuser veranschlagt. 225 Millionen Euro soll der Neubau in Bad Oeynhausen kosten, in dem Krankenhaus und Auguste-Viktoria-Klinik zusammengefasst werden sol-len. 303 Millionen Euro sind für den Neubau im Lübbecker Land vorgesehen, in dem die Krankenhäuser Lübbecke und Rahden zusammengeführt werden sollen.

„Das Land wird seiner Auf-gabe, die Krankenhausbauten in Nordrhein-Westfalen zu finanzieren, nicht gerecht“, sag-te Ulrich Pock, der davor warn-te, nach diesem Strohalm zu greifen. Wer dieser Finanzie-rung zustimme, der entlasse



Neben dem Herz- und Diabeteszentrum soll das neue Krankenhaus, in das auch die Auguste-Viktoria-Klinik einziehen wird, entstehen.

Foto: Thorsten Ulonska

das Land aus seiner Verant-wortung. Birgit Härtel hatte wohl schon im Ältestenrat zur Protestfahrt nach Düsseldorf aufgerufen, um Gesundheits-minister Karl-Josef Laumann (CDU) zu demonstrieren, dass man im Kreis Minden Lübbecke mit der in Aussicht ge-stellten Fördersumme nicht zufrieden sei. Gleichzeitig ha-be sie Laumann daran erin-

nern wollen, was seine Aufga-ben seien, so die SPD-Frak-tionsvorsitzende. Das, was Landrätin Anna Katharina Bölling (CDU) dem Kreistag vor-schlage, sei geeignet die Müh-lenkeiskliniken und die Kom-munen zu ruinieren, sagte Pock. Selbst der Kreiskämme-ter sei sich nicht sicher, ob ein Haushalt auf Basis einer deut-lich ansteigenden Kreisumla-

ge nicht von der Bezirksregie-rung kassiert werde. Diese Fi-nanzierung werde mit hoher Wahrscheinlichkeit auch auf dem Rücken der Mitarbeiter der MKK ausgetragen, pro-phetzte Pock. Im Gegensatz zu MKK-Vorstand Olaf Bor-nemeier glauben die Sozialde-mokraten nicht, dass die Müh-lenkeiskliniken ihren Eigenan-teil an den Neubauten werden

stemmen können.

Härtel und Pock wollen ab-warten, ob sich nicht in „vier bis fünf Jahren“ neue, verbes-serte Fördermöglichkeiten für die neu zu bauenden Kran-kenhäuser ergäben. Eine kon-kretere Alternative zu den Plä-nen der Landrätin und der Mühlenkreiskliniken hätten sie zwar nicht, so Härtel, doch das heiße nicht, dass man mit „Au-

gen zu und durch“ dem Fi-nanzierungskonzept zustim-men werde. Pock und Härtel sind sich sicher, dass die alten Kliniken die paar Jährchen noch durchhielten. Auf einen konkreten Zeitplan wollten sich die Sozialdemokraten aber nicht festlegen.

Ulrich Pock stellte heraus, dass für das Land eigentlich nur die Zusammenlegung der Klin-

ken Rahden und Lübbecke för-derfähig sei. Der in erster Run-de abgelehnte Antrag zur Zu-sammenlegung des Bad Oeynhausenener Krankenhauses und der Auguste-Viktoria-Klinik nehme dieses Projekt aus dem Rennen um die Fördergelder. Hinzu käme, dass das Land die finanzielle Beteiligung des Trä-gers der Mühlenkeiskliniken, des Kreises Minden-Lübbecke, deckele. Pock nennt das „paradox“, denn zunächst komme das Land seiner Pflichtaufgabe, der Finanze-rung der Krankenhausbauten, nicht nach, um dann dem Trä-ger vorzuschreiben, wie er ein solches Mammutprojekt zu stemmen habe.

Auch für den Sanierungs-stau in den Krankenhäusern hat Pock eine Erklärung. Am Krankenhaus und am Medizi-nischen Zentrum für Seelische Gesundheit (ZSG) in Lüb-becke gibt es einen Sanierungs-bedarf von 155 Millionen Euro (Stand 12/2019), am Kranken-haus Bad Oeynhausen von 115 Millionen Euro (Stand 5/2018) und an der Auguste-Viktoria-Klinik (AVK) von 70 Millio-nen Euro. In diesen Kosten sind noch keine Baupreissteigerun-gen seit der Ermittlung eingerechnet. Die vom Land jäh-rlich überwiesene Baupauschale sei nicht zweckgebunden. Sie sei von den Mühlenkreisklini-ken wohl auch für den Schul-dendienst für das Johannes-Wesling-Klinikum verwendet worden, so der SPD-Kreisge-schäftsführer.